

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)
Unparteiische

Verkaufspreis in der Stadt für Abholer monatl. 7,50 M., durch Boten bezogen monatlich 8,50 M., bei Postbezug monatlich 9 M. frei Haus. Erscheint werktäglich nachmittags, Einzelnummer 50 Pf. Börsennotizendienst 10 Pf. Geschäftsstelle Salzdreieck 4 für unregelmäßige Abhebungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spelt. Millim. Satzraum 50 Pf. und der Spelt. Millim. Satzraum 2,-. Die laufende Monatskündigung wird vom Verleger auf fleig Anzeigen bei deren Aufgabe in Zahlung genommen. Briefe gebühren 75 Pf. Porto besonders. Norm. Anzeigenzeitung 11 Uhr, vorm. Fernspr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Vasky.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 293.

Mittwoch, den 14. Dezember 1921.

161. Jahrgang

Tageschronik

Die der Regierung nahestehende Presse bezeichnet das Ergebnis der Londoner Verhandlungen als nicht ungünstig. Nach französischer Mitteilung soll Deutschland eine Anleihe von 1 Milliarde Dollar bewilligt werden.

Die Januarrate muß jedenfalls ohne Unterfügung bezahlt werden.

Der Reparationsausfluß nahm einflußlos eine Resolution zur Durchführung der Kreditaktion.

Der Inhalt des amerikanisch-japanischen Pap-Abkommens.

Das Londoner Ergebnis „nicht ungünstig.“

Vertrauliche Mitteilungen Rothemanns.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern nachmittag mit dem Reparationsproblem. Dr. Rathenau machte ausführliche Mitteilungen über seine Londoner Reise und ihr Ergebnis. In Anknüpfung daran wurde der Gesamtplan der Reparationsfragen eingehend besprochen. Die Verhandlungen waren streng vertraulich. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt allerdings sagen zu können, und auch eine sozialdemokratische Parlamentskorrespondenz will wissen, daß die Londoner Verhandlungen zu einem vorläufigen Abschluß gelangt seien, der unter den Gesichtspunkten der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage Deutschlands betrachtet, für uns nicht als ungünstig bezeichnet werden könne.

Die „Wassige Zeitung“ schreibt: Eine Beratung hat sich an die Ausführungen des Reichsanwalters und Dr. Rathenau nicht getraut. Diese bleibt einer neuen Sitzung des gesamten Kabinetts vorbehalten. — Die strenge Vertraulichkeit der Verhandlungen wurde noch besonders betont da durch, daß der Kanzler es sich selbst vorbehalten, zu einem späteren im geeigneten Zeitpunkt die Öffentlichkeit auf dem Wege der Presse zu informieren, daß aber zunächst jeder auch nur unbedeutende amtliche Bericht unterbleibe. Man kann nur feststellen, daß die Mitglieder der Reichsregierung die Auffassung des Reichsanwalters über die Bedeutung der Londoner Verhandlungen, die sich, wie schon früher gesagt, mit einiger Hoffnung erfüllen, teilen.

Eine Milliarden-Dollar-Anleihe?

„Internationales“ bringt die Nachricht, daß die Presse Dr. Rathenau in London nicht nutzlos verlaufen sei. Das Blatt glaubt mitteilen zu können, daß in der aller-nächsten Zeit mit vollem Einverständnis mit den Verbündeten eine internationale Anleihe von einer Milliarde Dollar auszugeben würde, wie sie am Montag bereits vom „Temps“ vorgeschlagen worden war. Diese Anleihe soll mit sieben Prozent steuerfrei vergütet werden und in fünfzig Jahren rückzahlbar sein. Sie soll von der Reparationskommission ausgehen, kontrolliert und überwacht werden. — Die Nachricht wird allerdings von der Reparationskommission in Abrede gestellt.

Die Januarrate muß bezahlt werden.

Währungsauflage auf unsere Goldreserven notwendig.

Wie der „Welt-Voll-Anz.“ von unterrichteter Stelle erfahren, dürften die Londoner Besprechungen in ihrer Hauptphase um die zukünftigen Fragen einer Veränderung des Reparationsproblems gedreht haben. Die 500 Millionen Goldmark, die von uns für den 15. Januar auszubringen sind, müssen aller Voraussicht nach unter allen Umständen aus eigenen Mitteln bezahlt werden. Mit einer Unterfügung, und zwar nur durch einen kurzfristigen Kredit, kann höchstens für die am 15. Februar zu fällige Rate gerechnet werden. Ueber die Reparationsfragen, die erst Anfang des nächsten Monats aufkommen, dürfte nur ganz lose Fühlung genommen sein.

Die Regierung hofft, die Summen bis zum 15. Januar aufzubringen zu können, natürlich unter den allerhöchsten Epochen. In unterrichteten Kreisen weiß man die Möglichkeit nicht mehr von der Hand, daß die Regierung gezwungen sein könnte, zu diesem Zwecke unsere Goldreserven anzugreifen.

Die nahende Krise.

Im Parlament gehen jetzt die wildsten Gerüchte über die Lage des Reiches um und zwar im Zusammenhang mit den deutsch-englischen Kreditverhandlungen. Inzwischen berichten Vertreter von mehreren Fraktionen der Reichsparteien mit größter Bestimmtheit von der nahe Krise, die kommen wird, wenn die Verhandlungen mit dem Ausland nicht den erhofften Erfolg haben werden. Man schaut mit Bestimmtheit auf den Rücktritt Dr. Rathenau.

Wirth im Reparationsausfluß.

Einigung über die Kreditaktion.

Im Reparationsausfluß des vorläufigen Reichskreditratens, der über die Gründung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe (Mitarz Hagenburg) beriet, ergießt der Reichsanwalters das Wort, um in vertraulicher Ausführung einen Überblick über die gesamte politische Lage zu geben. Der hagenburgische Gesetzentwurf bietet eine geeignete Grundlage, um die deutsche Wirtschaft zu politischer Mitarbeit an der Lösung dieser deutschen Abhängigkeiten zu befähigen.

Dem Reparationsausfluß lag folgende Einigungsformel vor: Der Reichskreditrat stimmt dem Berichte der Reparationsausflußes über die weitere Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Einrichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe und den darin enthaltenen beiden Entschlüssen in folgender Fassung zu:

1. Der Reparationsausfluß legt voraus, daß er auf Grund der Vorarbeiten des Reichskreditratens aufzufüllende endgültige Gesetzentwurf der Reichsregierung zur Zuleitung an den Reichsrat dem Reichskreditrat zur Begutachtung übermitteln wird.

2. Der Reparationsausfluß spricht die Meinung aus, daß eine Kreditaktion ein Lebensnotwendiges Mittel für Deutschland ist. Der Kredit ist zeitlich und dem Betrage nach zu beschränken. Entschlossenem Maßnahmen gegen die innere Devisenwirtschaft im Reich und besonders bei den Reichsbetriebsbetrieben sind daneben mit größter Beschleunigung in die Wege zu leiten. Dagegen lehnt der Reparationsausfluß die Beurlaubung dieser und anderer als Bedingung gestellter Forderungen mit der Kreditaktionsfrage ab.

Der Reichskreditrat hat diese Einigungsformel einstimmig angenommen, die Vorlage und die dazu vorliegenden Anträge der Regierung als Aktenmaterial übermietet.

Der Kampf um die „Sachwerte“ geht weiter.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die Annahme des hagenburgischen Programms im Reichskreditrat bedeutet nicht die Befestigung der Notwendigkeit, die Sachwerte zu beschützen. Der Kampf um dieses Kernstück der großen Steuerreform geht noch bevor.

bet dem Nichtzustandekommen eines Vertrages mit der Entente. Die Regierungsparteien verhalten sich diesen Gegebenheiten gegenüber außerordentlich zurückhaltend, doch scheinen auch sie nicht mehr unbedingt an den Erfolg der Londoner Verhandlungen zu glauben. Siermit im Zusammenhang glaubt man in politischen Kreisen die Bedeutung Wirths bringen zu müssen, daß er bei den kommenden Steuerberatungen im Reichstag die Vertrauensfrage stellen wird. (Es scheint uns noch immer, als wolle das Zentrum durch die und dann mit Wirth gehen)

Um die Entlastung der Eisenbahn.

Die Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seine Stellungnahme zur Überführung der Reichseisenbahnen in privatrechtlichen Betrieb in einer Denkschrift niedergelegt, die jetzt vorliegt.

Nach der Auffassung des Gewerkschaftsbundes dürfte die Anwendung der heutigen Reichseisenbahnen in einen völlig autonomen Wirtschaftskörper, d. h. ihre Ausgliederung zu einem „gemeinnützigen“ oder „gemeinwirtschaftlichen“ Unternehmen, ihre Existenzsicherung, Entlastung und Verfeinerung, ein mögliches und unter Umständen erstrebenswertes Ziel darstellen. Die Einzelvorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind folgende: Als Wirtschaftskörper des gemeinnützigen Unternehmens werden die Abteilungen der Eisenbahnen in Vorkriegsgebrach. Es ist aber vorzuziehen, daß die Aktien ausschließlich in deutsche Hände kommen und in ihnen erhalten werden. Die Heranziehung ausländischen Kapitals ist zwar nicht zu umgehen, ist jedoch der Hauptzweck der Transformation. Dafür aber bietet die Obligationenform genügend den Raum. An dem Aktienbesitz wären zu beteiligen: 1. die Eisenbahninteressenten (Industrie, Landwirtschaft, weite Handel), 2. die Eisenbahnbetreibenden (vor allem das Personal der Eisenbahn), 3. die Eisenbahngesellschaft. Die Obligationen sind zu begeben, die Eisenbahngesellschaft ist es notwendig, daß das Reich und die Länder betragsmäßig Anteil an den Aktien der Eisenbahngesellschaft übernehmen, weil sonst die öffentlichen Interessen nicht hinreichend gewahrt erscheinen und eine Überübertragung des privaten Interesses zu befürchten ist.

Kohlennot und Arbeiterwille.

Es gibt Fachleute, die allen Ernstes behaupten, Deutschland liege vor dem Zusammenbruch seiner Kohlenwirtschaft. Die Kohlennot ist ebenfalls unbestritten. Und das ist sehr arroh ein muß, erhebt darauf, daß die Eisenbahnen zu einschränkenden Verkehrsbeschränkungen gezwungen sind. Samstags muß seinen gesamten Personalausgabenplan um 25 Prozent einschränken. Magdeburg hat bereits den Kohlenverbrauch verringert und Kassel kündigt ebenfalls Zugverschiebungen an, vorläufig noch auf Lokal- und Nebenbahnen. Auch auf eine baldige Besserung besteht nicht! Und die Gründe? Zweifellos sind an dieser Kohlennot in erster Linie schuld die unsinnig hohen Kohlenlieferungen an die Entente. Wie darben, während in den übrigen Ländern geradezu ein Kohlenüberfluß besteht. Auch die ungenügende Wagengestellung trägt an der Krise schuld, das ist keine Frage. Aber auch bei genügender Wagengestellung bleibt eine chronische Kohlennot bestehen. Soll es anders werden, dann muß die Kohlenproduktion gesteigert werden. Das aber heißt, daß an eine Erleichterung gegenwärtig nicht zu denken ist, Wiedereröffnung von Nebenbahnen im Kohlenbergbau.

Der Reichs- und Staatskommissar Weidlich-Dorrmann hat diese Notwendigkeit in einer Arbeit, „Was werden die Bergarbeiter tun?“ nachgewiesen und den Bergarbeitern dringend vorgelegt. Der Staatskommissar schreibt:

„Als im März d. J. die Ueberführung im Ruhrbergbau anhielt, verringerte sich eben der Beschäftigungsstand unterer Industrie, so daß der Förderanstand nicht so stark sichtbar wurde. Später trat vorübergehend sogar eine gewisse Erleichterung der Kohlenmarktfrage ein, weil die Industrie ungenügend beschäftigt war. Sobald die Konjunktur anog, trat auch der Mangel an Kohlen wieder in Erscheinung und gegenwärtig, wo die Anforderungen für den Hausbrand und die Lichtversorgung stärker sind, kann von einer indirekten Kohlennot gesprochen werden. Daran wird auch durch den Umstand nichts geändert, daß im Oktober und November es freilich ebenfalls eine erhöhte Förderung zu verzeichnen ist. Es sind eben so gut wie keine Vorräte da, und es macht sich jetzt noch bemerkbar, daß die 10wöchigen Unruhen in Ober-Schlesien ein einflußlos in Höhe von mehr als einer Monatsförderung des Ruhrgebietes mit sich brachten.“

Soll täglich geben nur Vriete und Telegramme aus allen Teilen Deutschlands zu, in denen bittere Klagen über mangelhafte Kohlenlieferung geklärt und gebeten wird, doch im Interesse der Arbeiter für Mehrleistungen im Bergbau heranzutreten. Aus der Fülle des Materials ist nur einiges herausgegriffen. Da schreibt mit z. B. die Verwaltungsverhältnisse Forstheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes, daß das dortige Gaswerk bei einem Bedarf von 120 Td. nur 35-40 Td. zugeführt bekomme. Ein Vorrat sei aufgebraucht, lokal, wenn eine bessere Versorgung einträte, das Wert zum Erliegen kommen müßte. Für die Industriestadt Forstheim würde das eine wirtschaftliche Katastrophe gleichkommen, denn die Schmelzindustrie, in welcher etwa 40.000 Arbeitnehmer beschäftigt sind und ihr Brot verdienen, kann nur mit Gas, das zum Heizen verwendet wird, produzieren.“

Weiter habe ich da einige Schreiben des Betriebsrates eines großen Walzwerkes in der Nähe von Dortmund. Das Werk hat in den letzten beiden Jahren wegen Kohlenmangels nahezu neun Monate feiern müssen! Feiern werden abermals geierlich befürchtet, weil der Stromlieferungsvertrag mit dem Elektrizitätswerk abläuft, dafür aber nicht die entsprechende Menge an Kohlen geliefert wird.

Das kommunale Elektrizitätswerk Mark schickert die katastrophalen Wirkungen des Kohlenmangels in diesem Jahre. An „Mark“ hängt die ganze landwirtschaftliche Kleinindustrie mit ihren etwa 150.000 Arbeitern und Angehörigen, die bei einem Erlösverlust von 100 Millionen. Der Oberbürgermeister von Mark telegraphiert, daß die Stilllegung von Eisenbahnen 7000 Arbeiter beschäftigungslos macht!

Aber auch die Bergarbeiter selbst werden von der durch die Stilllegung verursachten mangelhaften Versorgung der Elektrizitätswerke betroffen. Nach einer Mitteilung des Gaswerksvereins christlicher Bergarbeiter, in Hohenbrunn ist die einzige Mühle in Wellingen mit Korn reichlich versorgt. Sie kann aber mangels ausreichender Versorgung nicht genug mahlen, die Bergarbeiter, die dem Werk Kohle liefern, haben infolgedessen kein Brot und wissen monatelang nicht, was sie mit der Ernte machen sollen!

Wenn wir genug Kohle hätten, befände auch keine Kartoffelnot. Es liegen mir eine ganze Reihe von Angeboten aus dem Ausland vor, in denen Kohlen gegen große Mengen von Kartoffeln gewechselt werden. Auch Weiz, die im diesem Gebiet sehr reichlich vorkommen, sind anzuheben.

Sozialistische Beamtenpolitik.

Von Deakert, Mitglied des Reichstags.

Der Reichsbeamtenrat der Sozialdemokratischen Partei hat kürzlich in Berlin getagt. Der letzte Beamtenrat bringt in Nr. 47 einen Bericht über die Tätigkeit im vergangenen Jahre. Der Bericht ist ein sehr interessantes Dokument. Er zeigt die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei in den verschiedenen Berufsständen. Die Sozialdemokratische Partei hat in den verschiedenen Berufsständen eine sehr wichtige Rolle gespielt. Sie hat die Interessen der Beamten vertreten und für eine Verbesserung ihrer Lage gearbeitet. Die Sozialdemokratische Partei hat in den verschiedenen Berufsständen eine sehr wichtige Rolle gespielt. Sie hat die Interessen der Beamten vertreten und für eine Verbesserung ihrer Lage gearbeitet.

Auch wir haben es für zweckmäßig, daß wir den Sozialisten ihr Verhalten gegenüber den Beamten immer und immer wieder vor Augen halten. Das ist nicht wahr, daß die Sozialisten den Anstoß zur Verankerung der Beamtenrechte in der Reichsverfassung gegeben haben. Nichts ist vielmehr, daß die Sozialisten eine Forderung an die Reichsverfassung gestellt hat, die die Beamtenrechte in der Reichsverfassung verankern sollte. Die Sozialisten haben die Forderung gestellt, daß die Beamtenrechte in der Reichsverfassung verankert werden sollten. Die Sozialisten haben die Forderung gestellt, daß die Beamtenrechte in der Reichsverfassung verankert werden sollten.

Maner behauptet nicht hätte die Sozialdemokratie erfindet, nach der Revolution mit dem Berufsbeamtentum aufzuräumen. Sie steht es mit dieser Behauptung? Der frühere Justizminister Saenkich, Mehrheitssozialist, hat bald nach der Revolution erklärt, es werde nicht für alle Zeiten möglich sein, sich mit der Verankerung der Beamtenrechte in der Reichsverfassung zufriedenzustellen. Die Sozialdemokratische Partei hat die Forderung gestellt, daß die Beamtenrechte in der Reichsverfassung verankert werden sollten. Die Sozialdemokratische Partei hat die Forderung gestellt, daß die Beamtenrechte in der Reichsverfassung verankert werden sollten.

Unter falscher Flagge.

Roman von H. Hoff.

Die letzten Worte, mit denen er seine begonnene Erklärung unterbrochen hatte, galten einer Sonderbarheit weiblichen Ercheinung, die plötzlich im Zimmer aufgetaucht war. Sie war sehr nachlässig gekleidet, und das Haar hing in wahren Strahlen um ihre Schultern. Ihr obgedachtes Gesicht hatte eine sehr seltsame Ausdrucksweise. Ein unheimliches Gemurmel drang in ihren dunklen Augen. „Was kommt das mich?“ erwiderte sie rauh. „Ich will wissen, was du mit meiner Arznei gemacht hast? Warum hast du mir meine Nadeln weggenommen? Hörst du nicht, was ich sage? Wo die Stelle will ich sie zurückhaben. Oder ist das eine Art Unglück.“ Mit einem jähen Schrei öffnete Doktor Landschiff die verschlossene Tür eines Schrankes und entnahm ihm ein kleines Brevier, das er dem Weibe aushändigte. In ihren Augen war ein triumphierendes Glitzern, als sie gierig nach dem dargebotenen Gegenstande griff. Sie drückte ihn wie ein kostbares Besitztum an ihre Brust und eilte mit einem kurzen Ausfluche aus dem Zimmer, ohne von den beiden Weibern auch nur mit einem einzigen Blick zurück zu nehmen.

Die Sozialisten mühten ihre Absicht, das Berufsbeamtentum zu befechtigen, wegen des Widerstandes der überwältigenden Mehrheit der Beamtenschaft, die sie bei der Erledigung der Staatsgeschäfte nicht entbehren konnten, aufgeben.

Der Sozialist Bauer trakt sich selbst. Am zweiten Teil der Rede, in dem er sich für seine Partei das Verdienst um die Erhaltung des Berufsbeamtentums aufzählte, tritt er nämlich für das Berufsbeamtentum ein. Er verlangt, daß Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, ja sogar Eisenbahndirektorenpräsidenten gewählt werden. Ueber den Kreis der wählbaren Beamten ist er sich noch nicht klar. Er verlangt, daß diese Vorberufe mit dem Kreis des Berufsbeamtentums vereinigt werden. Ueber diesen Punkt, daß die praktische Durchführung anderer Sozialisten ist, und daß die Sozialisten sich in seiner schweren Zeit nicht zurückziehen, sondern sich für die Fortsetzung zu wählten. Gerade diese Beamtenschaft ist es, die man dem angedachten Schicksal der Sozialisten für das Berufsbeamtentum mit großem Misstrauen zu begegnen hat.

Des Interesses wegen sei zum Schluß noch erwähnt, daß auf dieser vorbereitenden Tagung die Genossen Kestner und Dr. Voelker, leitende Anwohler des Deutschen Beamtenschaftsbundes, der schrittweise parteipolitisch neutral ist, Beiträge geleistet haben.

Deutscher Reichstag

Berlin, 13. Dezember 1921.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Auf die Beschwerde der Frau W. K. (W. K.) über die Abgabe billiger Kleiderstücke an Schenkerbetreibern an das Ausland.

wird erklärt, daß die Ware in Deutschland nicht abzugeben gewesen sei. (Zweiter Widerspruch.) Es handelt sich um 45 000 Francsmark an 76,45 M das Stück, um 30 000 Francsmark an 39 M das Stück, um 15 000 Francsmark an 75 M das Stück.

Die demokratische Interpellation über die Finanzen der Gemeinden wird in den nächsten Tagen beantwortet werden. Ein Gesetzentwurf zur Veränderung der Verordnung über Lohnverbindungen und die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen steht auf der Tagesordnung. Der Gesetzentwurf betreffend

Interpellation Dr. Stresemann (DVP.)

über die Vorhänge in der Pfalz.

wo am 31. August und am 8. September verhaftet wurde, die pfälzischen Behörden ihrer Macht zu berauben. Die Vorfälle sollen unter Zustimmung der Franzosen erfolgt sein.

Abg. Dr. W. (DVP.) befragt die Interpellation und schildert die Vorgänge im einzelnen. Die einzelnen Tatsachen sind die französischen Nachhaken in der Pfalz gewesen. Diese Ereignisse sind ein Anzeichen der französischen Rheinlandpolitik. Die französischen Kreisverwaltungen haben, wie auch der französische Außenminister Loubet festgestellt hat, kein Recht, sich in innere Angelegenheiten der deutschen Reichsregierung zu mischen. Engländer und Amerikaner haben das auch nicht getan. (Na) Nur Belgien und Frankreich. Das sind die Länder, die ein Recht haben, die Angelegenheiten des Reichs zu mischen. Die zu

zusammenhänge zwischen dem Reich und der französischen Regierung wird klar ersichtlich. (Hört, hört.) Nach dem Sturm beschuldigten die Franzosen die Reichsregierung. (Erneutes Hört, hört.) Als die verhafteten Arbeiter wieder aus dem Gefängnis entlassen wurden, wurden sie in einem Aufzug nach dem französischen Staatsgebäude abgeführt. (Beifalles Hört, hört.) Die deutsche Regierung muß das Verhalten der Reichsregierung gegenüber den Franzosen entschuldigen, damit die Welt beruhigt.

daß Frankreich der Südrhein in Europa ist. Die rheinische Bevölkerung hat allen Vorkommen widerstanden. Sie lehnt jede Annäherung an die Rheinfront ab und bekämpft alle Zeit zum Deutschtum. Das Recht an Rhein wird sich durchsetzen.

Deutsch bleibt der Rhein!

(Beifalles Beifall.)

Reichsminister des Innern Dr. Brücker weist darauf hin, daß die französische Politik am Rhein anscheinend das erreichen will, was man beim Friedensvertrag nicht erreichen konnte. Man will sich dem Rheinland ein französisches Bollwerk machen. Im Frühjahre 1920 haben gewisse französische Kreise mit der Vorgehensweise in der Rheinfrage begonnen. (Hört, hört.) Ich vermute, daß sie es mit der Kommunisten, die Mittel haben sie an. Immer gehen sie wieder von neuem vor. Die große Masse der Speyerer Arbeiterschaft wollte sich am 31. August für die Republik und die Demokratie demotivieren. Sie wollte nicht, daß sie zuletzt fremden Interessen dienen sollte, und hat sie für kurze Zeit am Rheinlande durch Elemente war, die trotz ihres kommunistischen Banners von der kommunistischen Partei nicht abgetrennt wurden. Ich rede keinem das Wort, möchte die Arbeiter aber vor den Rhein ausländerischen Staatsmännern warnen. Gegen die

Freiwilligkeit des Speyer ist ein Widerspruch erhoben worden, und es ist zu erwarten, daß der Speyer sich nicht mehr auf die Befehle der französischen Behörden haben sein Recht, sich in innere deutsche Angelegenheiten einzumischen. Frankreich will mehr Macht, mehr Souveränität, als der Weltfriede vorseht. Frankreich hat die Macht der Nationen, der Entzweiten und der Rheinlandskommission. Die Rheinländer werden haben vor das Recht und die Treue unserer Nation. (Beifall.) Durch diese französischen Übergriffe wird der Rheinland ein französisches Bollwerk. Eine deutsche französische Verbindung ist in der Rheinfrage die wichtigste Arbeit für die Bevölkerung Europas.

Abg. Hoffmann (DVP.) schildert die Demonstrationen in der Pfalz, die sich gegen die Reichsregierung gerichtet hätten.

Die Kommunisten haben die besten Beziehungen zu den Franzosen.

Wenn die bayerische Regierung die Monarchiensymbole beseitigen würde, würde auch die Reichsregierung einziehen?

Abg. Hoffmann (DVP.) antwortet, daß die Reichsregierung die Befehle der französischen Behörden nicht mehr auf die Befehle der französischen Behörden haben sein Recht, sich in innere deutsche Angelegenheiten einzumischen. (Hört, hört.) Der Reichstag erinnert an die Worte des Reichspräsidenten Ebert, als er die Erklärung der Reichsregierung in Speyer. Er schließt: „So sonstige Wälsch am deutschen Rhein: Deutsch bleibt du stets an dem, deutsch sollst du immer sein!“ (Zustimmendes Beifall.)

Das Hans verlag hat auf Mittwoch, Kleine Vorlagen, Steuerentwürfe.

Preussischer Landtag

Berlin, 13. Dezember.

Es wird die zweite Beratung des Aufstufgesetzes fortgesetzt beim Kapitel der Universität, Kunst usw.

„Ja“ erwiderte er. „Es ist, wie Sie vermuten. Ich wollte Sie nicht durch eine Mitteilung des unliebsamen Vorkommnisses beunruhigen, weil es sich dabei alles in allem nur um eine Abwesenheit von wenig mehr als vierundzwanzig Stunden gehandelt hat.“

„Das ist es, was ich annehme! Und können Sie mir nicht auch das Datum des betreffenden Tages angeben? Wenn Ihr Gedächtnis Sie momentan im Stich lassen sollte, so kann ich wohl ein wenig nachhelfen.“ Und er nannte ihm das Datum des Tages, an dem dem Gewandhaus von Schloss Buchwalde das Attentat gegen Paul Volkhard verübt worden war. Doktor Vandschhoff blätterte eine Minute lang in einem Notizbuch, dann sagte er zutreffend:

„Es ist, wie Sie sagen. Das Datum stimmt ganz genau.“

„Wascant wollte etwas erwidern, da trat ein Diener ein, um dem Arzt einen weiteren Besucher zu melden. Doktor Vandschhoff nahm die ihm überreichte Karte in Empfang und las laut:

„Paolo Tosca, Beamter der römischen Kriminal-Polizei — was kann dieser Mann von mir wollen?“

„Wascant piff leise zwischen den Zähnen.“

„Ich die Dinge nehmen eine immer interessanteren Gestalt an. Das Drama treibt seinem Höhepunkt entgegen.“

40. Kapitel.

Ein Verhaftung.

Verwandert blühte der Arzt auf Wascant.

„Ist ihnen denn dieser Herr Paolo Tosca bekannt?“ fragte er.

„Ja, ich kenne ihn sogar sehr gut, ebenso wie mein Freund hier. Und ich weiß leider sagen, daß wir ihm innerlich recht viel zu schafften gemacht haben. Er ist ein ausgezeichneter Polizist, und die internationale Verbrechenswelt fürchtet ihn wie wenig andere. Ich vermute, daß es noch nichts von seiner Tüchtigkeit eingedrungen hat, obwohl er jetzt ja schon über siebzig Jahre alt sein muß.“

„Aber was, in aller Welt, kann er von mir wollen?“ meinte Doktor Vandschhoff abermals mit einem Kopfschütteln.

(Fortsetzung folgt.)



Abg. Dr. ...

Abg. Dr. ...

Abg. Dr. ...

Der Rapp-Bund vor dem Reichsgericht.

Mörder und Mordversucher als Jungen.

In Begleit der Verhandlung ...

Vernehmung des Scheinwärters Dohse.

den Kopf zum Staatsanwalt ...

Generalmajor A. D. Tschien.

bernehmen, der in den ...

General Müller.

bold benennen. Der General ...

„Drohungsbescheid“ des Generals von ...

zu befehlen. Ohne von einem ...

der Rapp-Verein, welche ...

Kassas-Geldes Fund.

tommt, der unter ...

Der Kleppendorfer Mordprozeß.

† Hirschberg, 12. Des. ...

Die heilige Verurteilung ...

einem Bericht im ...

Bei der nächsten ...

Die nächste ...

Es wird ...

Amlich einer ...

Unter ...

Unter ...

ber Direktor der Reichsbank ...

gelegten an. Ein ...

Die kleine ...

Es ...

Seine ...

Aus Provinz und Reich.

Zur Ermordung des ...

† ...

Ein „Mord“ der Berliner ...

† ...

Durch ...

† ...

† ...

† ...

† ...

† ...

† ...

† ...

Advertisement for jewelry and watches, including 'Großes Lager' and 'Subelien, Gold- und Silberwaren'.